

Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen! Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums- berichts des Bremer Senats

Stellungnahme Mai 2015

Im Januar 2015 hat der Bremer Senat den Entwurf zum zweiten Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen im Land Bremen“¹ vorgelegt und dazu aufgerufen, ihn in Gremien und Veranstaltungen zu diskutieren. Der Arbeitskreis berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen ist ein breit gefächertes Expertinnen-Netzwerk, das aus einer Vielzahl von Fachfrauen aus der arbeitsmarktpolitischen Praxis besteht und regelmäßig zu aktuellen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen Stellung bezieht. Die Armut und Armutsgefährdung von Frauen steht in direktem Zusammenhang mit ihrer häufig prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt. Aus diesem Grund hat der Arbeitskreis in einem Werkstattgespräch im Februar 2015 den Armuts- und Reichtumsbericht diskutiert.

Auf dem Hintergrund unserer langjährigen Expertise aus der Beratung, Beschäftigung und Qualifizierung von Frauen sehen wir vor allem in folgenden Bereichen großen Handlungsbedarf und erwarten vom neuen Bremer Senat, dass er seine Aktivitäten dort erheblich verstärkt. Gerne bieten wir als Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen unsere Mitarbeit an, um konkrete Schritte gegen die Armut von Frauen zu gehen.

- Die Berufsorientierung an Schulen sollte jenseits von Geschlechterstereotypen das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen erweitern. Dazu bedarf es einer gendersensiblen Haltung der Lehrkräfte. Die im Rahmen der Jugendberufsagentur neu zu schaffenden Berufsorientierungsteams an den Schulen müssen daher systematisch Gendertrainings erhalten. Ebenso sind die in der Ausbildung befindlichen Lehrkräfte dazu zu schulen. Der Girls' Day und Boys' Day dürfen nicht zu einem gemeinsamen Zukunftstag verwässert werden, sondern ihr jeweils eigenes Profil muss gestärkt werden.
- Ausbildungen, die das Land Bremen fördert, müssen zu voll qualifizierenden Abschlüssen führen, die Durchlässigkeit für den weiteren Aufstieg bieten und bundesweit anerkannt sind. Vollschulische Ausbildungen sind in Richtung der dualen Ausbildungswege mit einer Ausbildungsvergütung weiterzuentwickeln, wie es in der Kranken- und Altenpflege bereits erfolgt ist. Gerade für junge Eltern muss es vielfältige Teilzeit-Ausbildungen, -

¹ Er steht auf der Website der Senatspressestelle zum Download bereit:

http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/20150113_Zweiter_Armuts-und_Reichtumsbericht_Senat_HB_Senatsvorlage.pdf

Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen! Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums- berichts des Bremer Senats

Weiterbildungen und –Umschulungen geben. Der Zugang zu finanziellen Hilfen während der Ausbildung muss in Bezug auf das Höchstalter, aber auch am Übergang zwischen ALG II und Berufsausbildungsbeihilfe verbessert werden, damit nicht schon ein Scheitern an der ersten Schwelle in den Arbeitsmarkt vorprogrammiert ist.

- Die Übergänge in den Arbeitsmarkt für Frauen, ob in die Ausbildung oder beim Wiedereinstieg nach Arbeitslosigkeit oder einer Familienphase, müssen durch eine qualitativ hochwertige und trägerunabhängige Beratung begleitet werden, die sich nicht von Geschlechterstereotypen leiten lässt, sondern geeignet ist, auch zu geschlechtsuntypischen Berufswegen und Quereinstiegen zu ermutigen. Dies gilt sowohl für die neu gegründete Jugendberufsagentur als auch für die arbeitsmarktorientierten Beratungsangebote für Frauen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei Migrantinnen und Alleinerziehenden in ihren spezifischen Lebenslagen gelten.
- In Jobcenter und Arbeitsagentur müssen Frauen gezielt angesprochen und für Qualifizierungen in den Fokus genommen werden. Viel zu oft ist dort noch das Prinzip des Mannes als Familienernährer präsent. Eine passgenaue Vermittlung im Sinne der Klientinnen und Klienten bedeutet auch, abschlussbezogenen Qualifizierungen vor der schnellen Vermittlung in prekäre Beschäftigung den Vorrang zu geben. Dafür bedarf es verlässlicher Arbeitsstrukturen und Gender-Schulungen für die Vermittlungskräfte, wie sie in Baden-Württemberg und Hessen bereits durchgeführt wurden². Programme wie in Dortmund, um Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln, müssen auch im Land Bremen in den Jobcentern systematisch umgesetzt werden.
- Um eine gute Erwerbstätigkeit für Frauen und Männer zu gewährleisten, muss Bremen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranbringen und in ein gutes und flexibles Angebot von frühkindlicher Bildung und

² Siehe „Gendersensibilität im SGB II“, Dokumentation des Vortrags von Prof. Dr. Bettina Franzke zur Fachtagung „Alles gender oder was? – Chancengleichheit im Rahmen der Aktivierung und Integration im SGB II“; Gelnhausen, 07.11.2013 Quelle: http://www.kjc-hessen.de/Vortrag_Gendersensibilitaet_im_SGB_II_Frau_Franzke.pdf

Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen! Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums- berichts des Bremer Senats

Ganztagsschulen bis mindestens zur 8. Klasse investieren, das besonders auch dazu geeignet ist, Rand- und Ferienzeiten abzudecken. Betriebe müssen bei der Entwicklung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen Unterstützung finden, Männer ermutigt werden, Familienaufgaben wahrzunehmen. Gerade auch für Geringverdienende und Alleinerziehende darf sich die Vereinbarkeit von Familie nicht auf den Minijob beschränken³.

- Das Bremer Aktionsbündnis für Alleinerziehende sowie der flexible Kinderbetreuungs pool bei PIB müssen, wie bei der Abschlusstagung des Bundesprogramms versprochen, verstetigt werden. Dies ist Grundvoraussetzung, um die Problemlagen von Alleinerziehenden besonders an den Schnittstellen der unterschiedlichen Zuständigkeiten zu beheben und unterschiedliche Unterstützungsleistungen in den Stadtteilen gut und ergebnisorientiert aufeinander abzustimmen.
- Um langzeitarbeitslosen Frauen wieder eine sinnvolle und dauerhafte Perspektive zu bieten, sollte sich der Bremer Senat für einen sozialen (besser bürgerschaftlichen) Arbeitsmarkt starkmachen. Dieser schafft die Verbindung von Beschäftigungsförderung mit sinnvollen Aufgaben in den Stadtteilen und bietet den Beschäftigten eine faire sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die besonderen Lebenslagen von Frauen und ihre angemessene Beteiligung sind hierbei zu berücksichtigen.
- Als Arbeit- und Zuwendungsgeber muss Bremen seine Verantwortung nutzen, um prekäre Arbeitsverhältnisse in geringer Teilzeit, prekärer Selbstständigkeit (z.B. bei den Schulvereinen) oder kurzen Befristungen, die vorwiegend Frauen innehaben, abzubauen und in existenzsichernde sozialversicherungspflichtige vollzeitnahe Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Wir erwarten, dass Beratungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsstrukturen nicht in kurzfristigen Projekten, sondern dauerhaft und verlässlich organisiert werden, damit die Ratsuchenden nicht immer wieder auf neue Strukturen treffen. Zuwendungen müssen mit den Tarifsteigerungen mithalten.

³ Siehe Arbeitnehmerkammer Bremen (2015): „Beruf und Familie vereinbaren – nur für Gutverdienende oder für alle?“, Quelle: <http://www.arbeitnehmerkammer.de/publikationen/politikthemen-gleichberechtigung.html>

Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen! Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums- berichts des Bremer Senats

- Der durch den demographischen Wandel stärker werdende Pflegebedarf darf nicht über die unbezahlte Sorgearbeit von Frauen in Familie und im Ehrenamt gelöst werden mit den bekannten negativen Folgen für ihr Einkommen und ihre soziale Absicherung im Alter. Staatliche Lösungen müssen gute Arbeit und angemessene Bezahlung für professionelle Pflegekräfte sicherstellen.
- Auf Bundesebene sollte sich der Senat für die Abschaffung von Ehegattensplitting und Betreuungsgeld, eine Reformierung der geringfügigen Beschäftigung und ein Entgeltgleichheitsgesetz einsetzen. Ebenso sollten die Hürden zur Ausbildung für SGB II-Empfängerinnen und Empfänger abgebaut werden⁴ sowie das Niveau der staatlichen Rente verbessert werden statt sie abzusenken.

Begründung:

Ein großer Teil der Arbeit, den Frauen leisten, ist unsichtbare und unbezahlte Sorgearbeit und zahlt sich für sie auch kaum in den sozialen Sicherungssystemen aus. Die Berufsfelder, in denen Frauen besonders häufig erwerbstätig sind, wie das Sozial- und Erziehungswesen, die Pflegeberufe, aber auch Gastgewerbe und Einzelhandel, sind von einem hohen Anteil an Teilzeitstellen und geringfügiger Beschäftigung geprägt⁵.

Der vorliegende Berichtsentwurf des Armuts- und Reichtumsberichts beschreibt die Lage von Frauen und Alleinerziehenden sehr deutlich. Um nur einige Zahlen herauszugreifen: 18,1 Prozent der Frauen im Land Bremen beziehen SGB II-Leistungen, unter den erwerbstätigen Leistungsbeziehenden sind 55 Prozent Frauen, die ihr Einkommen ergänzen. Obwohl die Arbeitslosenquote von Frauen seit Jahren sinkt, steigt die Quote ihrer Armutsgefährdung stetig an und liegt mittlerweile bei 24,6 Prozent. Frauen sind trotz Arbeit arm, weil sie häufiger als Männer im

⁴ Wie es auch der Abschlussbericht der Bund-Länder-AG „Rechtsvereinfachung im SGB II“ vorschlägt: <http://msagd.rlp.de/Aktuelles/Arbeits-und-Sozialministerkonferenz-2014/Links>

⁵ Siehe auch der aktuelle Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Arbeitnehmerkammer Bremen: <http://www.arbeitnehmerkammer.de/publikationen/jahrespublikationen-bericht-zur-lage-der-arbeitnehmerinnen-und-arbeitnehmer-im-lande-bremen.html?fileId=5599>

Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen! Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums- berichts des Bremer Senats

Niedriglohnbereich, in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung tätig sind. Außerdem sind Frauen in Bremen mit 64 Prozent zu einem geringeren Anteil erwerbstätig als in allen anderen Bundesländern, unter den Frauen mit Migrationshintergrund sind weniger als die Hälfte erwerbstätig.

Die höchste Armutsgefährdungsquote unter den Haushalten weisen die Ein-Eltern-Familien mit rund 50 Prozent auf. 2012 sind in Bremen 4.033 alleinerziehende Arbeitslose gemeldet. 92,9 Prozent davon sind Frauen. Von den arbeitslosen Alleinerziehenden haben 65 Prozent keine Berufsausbildung abgeschlossen.

Als Folge der geringen Erwerbsbeteiligung sind Frauen nicht nur in der mittleren Lebensphase zunehmend von Armut bedroht. Weil dadurch auch vergleichsweise geringe Rentenbeiträge gezahlt werden, erzielen Frauen im Alter 60 Prozent weniger Rente als Männer. Von der zweiten Säule der Alterssicherung, der betrieblichen Rente, profitieren Frauen kaum, da sie häufiger in Klein- und Kleinstunternehmen tätig sind und außerdem für eine betriebliche Rente in der Regel längere, durchgehende Erwerbsphasen notwendig sind, um eine Anwartschaft zu erreichen. Bereits 66 von 1000 Frauen über 65 Jahren sind in Bremen auf Grundsicherung im Alter angewiesen, mit steigender Tendenz - das ist der zweithöchste Wert aller Bundesländer.

Armutsbekämpfung hängt im Land Bremen also ganz wesentlich davon ab, dass vor allem Frauen in existenzsichernde, gute Arbeit kommen, wie es der Bremer Senat als strategisches Ziel in seinem Strukturkonzept Bremen 2020 festgeschrieben hat⁶. Darüber hinaus benennt die Gleichstellungsstrategie des aktuellen beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms 2014-2020 besonders Alleinerziehende und Migrantinnen als Zielgruppen im besonderen Fokus der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen⁷.

⁶ Siehe

http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/media.php/13/20140211_Strukturkonzept_Land_Bremen_2020_Senat.pdf

⁷ Siehe http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/media.php/13/18_549_L-Vorlage+BAP+ESF+Gleichstellungsstrategie_GESAMT_BV.pdf

Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen! Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums- berichts des Bremer Senats

Frauenarmut entsteht systematisch an bestimmten biographischen Übergängen, darauf weist auch der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung⁸ hin. Am Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung scheitern junge Frauen genauso häufig wie junge Männer und bleiben ohne Berufsausbildung. Migrantinnen haben im Alter von 30 Jahren sogar häufiger als Migranten keinen Abschluss⁹. Im dualen Ausbildungssystem kommen weniger junge Frauen als junge Männer an. In den vollschulischen Ausbildungen dagegen sind sie überproportional vertreten und starten in vielen Berufen ohne Ausbildungsvergütung. SGB II-Beziehende, die in eine Ausbildung starten, haben zusätzliche Hürden zu bewältigen: Weil sie keinen Anspruch mehr auf ALG II haben, sind sie häufig darauf angewiesen, sich andere finanzielle Leistungen zu erschließen, z.B. die Berufsausbildungsbeihilfe oder BaFöG-Leistungen. Dazwischen klafft aber häufig eine zeitliche Lücke, die finanziell nur schwer zu überbrücken ist.

Beim Übergang in die Elternschaft werden verheiratete Paare durch Ehegattensplitting, Betreuungsgeld, Mitversicherung in der Krankenversicherung und die Möglichkeit der geringfügigen Beschäftigung dafür belohnt, wenn Einkommen und daraus folgend auch Erwerbs- und Familienarbeit sehr ungleich verteilt sind. Das finanzielle Risiko trägt jedoch meist die Frau, die ihre Erwerbstätigkeit zu Gunsten der Familie reduziert. Vom Ausbau der Betreuung der unter 3-Jährigen profitieren in Bremen bisher am meisten die gut gebildeten Eltern in den gut situierten Stadtteilen¹⁰. Besonders für Beschäftigte in den frauendominierten Dienstleistungsbranchen gibt es zu wenig flexible Kinderbetreuungsangebote für Rand- und Ferienzeiten. Eine Ganztagsbetreuung an Schulen findet noch zu wenig statt. Zurzeit ist zu beobachten, dass Hortangebote für Schulkinder abgebaut werden, bevor es eine gut funktionierende Ganztagsbetreuung an den Schulen gibt.

⁸ Siehe Erster Gleichstellungsbericht des BMFSFJ – „Neue Wege-Gleiche Chancen - Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen.did=174358.html>

⁹ Siehe Bildung in Deutschland 2014, S. 235, http://www.bildungsbericht.de/daten2014/bb_2014.pdf

¹⁰ Siehe Rolf Prigge, René Böhme (2015): „Kindertagesbetreuung zwischen Armutsprävention und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, Quelle: http://www.iaw.uni-bremen.de/ccm/cms-service/stream/asset/Arbeit%20und%20Wirtschaft%20Nr%208.pdf?asset_id=5575053

**Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen!
Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums-
berichts des Bremer Senats**

Der Übergang in die Rente gestaltet sich für Frauen schwierig. Bei den über 55-Jährigen liegt die Erwerbsquote der Frauen bereits deutlich unter der der Männer im gleichen Alter. Lange bevor sie ihre (meist geringe) Rente beantragen können, haben somit viele Frauen bereits keinen Zugang mehr zum Arbeitsmarkt. Frauen über 65 haben im Land Bremen mit das höchste Risiko aller Bundesländer, in der Grundsicherung zu landen.

Bremen, Mai 2015

Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen Bremen

Sprecherinnen: Doris Salziger, Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V.
Dr. Esther Schröder, Arbeitnehmerkammer Bremen

Folgende Mitglieder des Arbeitskreises tragen diese Stellungnahme:

- [AFZ Arbeitsförderungszentrum Bremerhaven](#)
- [Akademie für Weiterbildung der Universität Bremen](#), Fit in MINT
- [Arbeitnehmerkammer Bremen](#)
- [belladonna – Kultur, Bildung und Wirtschaft für Frauen](#)
- [bfw – Berufsbildungswerk](#)
- [bras e.V.](#)
- [Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau](#)
(Geschäftsführung)
- [BWU – Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet](#)
- [cbm – Computer-Anwendungsberatung, Bildung, Medienentwicklung GmbH](#)
- [DAA – Deutsche Angestellten Akademie Bremen](#)
- [Deutscher Akademikerinnenbund, Gruppe Bremen](#)
- [Förderwerk Bremen](#)
- [Förderungsgesellschaft für Bildung mbH](#)
- [Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V.](#)
- [Frau und Arbeit – Bremische Evangelische Kirche](#)
- [Frauen Erwerbs- und Ausbildungsverein – feav](#)
- [Grone-Bildungszentrum Bremen](#)

Arbeitskreis berufliche Perspektiven
von Frauen und Mädchen



**Gute und existenzsichernde Arbeit für Frauen ermöglichen!
Stellungnahme zum Entwurf des Armuts- und Reichtums-
berichts des Bremer Senats**

-
- [Impulsgeber Zukunft – Beruf und Familie](#)
 - [malt und harms](#)
 - [Mütterzentrum Huchting](#)
 - [Mütterzentrum Tenever](#)
 - [Mütterzentrum Vahr](#)
 - [Paritätisches Bildungswerk – pbw](#)
 - [Senatorin für Bildung und Wissenschaft](#), Rebus
 - [WaBeQ GmbHg](#)
 - [WISOAK](#)
 - [Zentrum für Schule und Beruf – zsb](#)
 - Sowie weitere Expertinnen

Geschäftsführung:

Bärbel Reimann

Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Mitwirkende Expertinnen am Werkstattgespräch:

Dr. Irene Dingeldey und Vivien Barlen, Universität Bremen, Institut Arbeit und Wirtschaft

Dr. Esther Schröder, Arbeitnehmerkammer